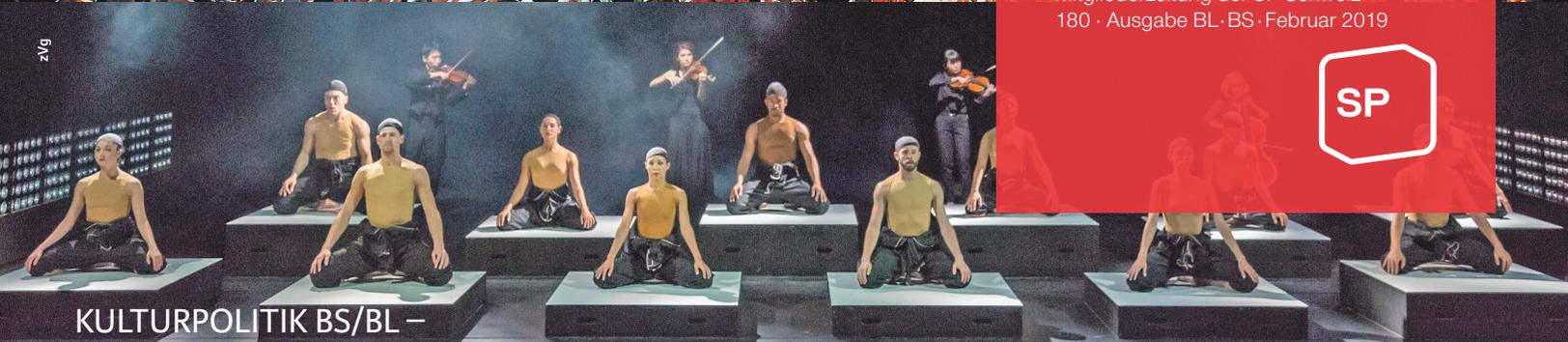




LINKS BL-BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
180 · Ausgabe BL-BS · Februar 2019



KULTURPOLITIK BS/BL –

Einordnung neuer Kulturvertrag

Die Stadt Basel bildet mit ihrer Zentrumsfunktion das Herz unserer Kulturregion. Diese hört nicht an den Kantonsgrenzen auf. Es ist deshalb unbestritten, dass der Kanton BL eine angemessene Beteiligung an die kulturellen Zentrumsleistungen des Kantons BS leistet – insbesondere auch, da der kulturelle Bereich aus dem nationalen Finanzausgleich explizit ausgeschlossen wird.

Bis anhin war diese Beteiligung im Kulturvertrag über die partnerschaftliche Finanzierung von baselstädtischen Kulturinstitutionen mit regionalem Angebot geregelt und richtete sich nach dem ausgewiesenen Steuerertrag der natürlichen Personen des Kantons BL. Zusätzlich wurden Fördermittel in diversen bikantonalen Fachausschüssen, beispielsweise für Tanz&Theater oder Literatur, partnerschaftlich vergeben. Ab 2022 soll nun ein Systemwechsel stattfinden und die Kulturvertragspauschale durch einen neuen Vertrag über die Abgeltung kultureller Zentrumsleistungen ersetzt werden.

Der Entwurf des neuen Kulturvertrags sieht von der geplanten Kürzung durch Baselland ab und zementiert den Stand von 2018. Ist das also bereits Grund zum Aufatmen? Nein, denn der in erster Linie scheinbar



Sasha Mazzotti, Grossrätin



Roman Brunner, Landrat

einfachste politische Kompromiss macht die heute bestehende Schiefelage zur Normalsituation. Das können wir nicht akzeptieren.

Es ist zu begrüßen, dass die Baselter Regierung dem Spardruck der rechtskonservativen Mehrheit des Parlaments nicht stattgegeben hat. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Abgeltung aus SP-Sicht nach wie vor viel zu tief ist. Alleine aufgrund der Besucherzahlen wäre eine Verdoppelung angebracht gewesen. Die Beteiligung richtet sich künftig weder nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kantone, noch gilt sie den Kulturkonsum angemessen ab, wie auch die statistischen Zahlen des Bundesamts für Kultur zeigen. Im nationalen Vergleich sind die Kulturausgaben in Baselland weit unterdurchschnittlich, während Basel-Stadt als nationaler Spitzenreiter pro Kopf das Sechsfache in die Kultur investiert.

Offen bleibt die Frage, wie uns der Status quo längerfristig die erhoffte Finanzierung der Kultur sichert. Durch die Fixierung des basellandschaftlichen Beitrags spart der Kanton BL bei ansteigendem Steuersubstrat gegenüber heute jährlich mehr ein. Eine Anpassung neben dem Teuerungsausgleich ist im Entwurf aber

nicht vorgesehen. Die Erhebung des Publikumsaufkommens für baselstädtische Institutionen kann eine neutrale Basis für zukünftige Entwicklungen liefern und die Diskussionen um eine gemeinsame Kulturpolitik entemotionalisieren. Was dies für Institutionen, die ein überregionales Publikum anziehen, bedeutet, und wer dann für die Finanzierung verantwortlich ist, bleibt unklar. Wir leben nun einmal in einer Kulturregion, die an den Landesgrenzen nicht aufhört.

Für eine Stärkung der kulturellen Partnerschaft bietet der neue Kulturvertrag zu wenig und er ist zu starr, auch wenn die teilweise signifikante Aufstockung der Mittel für die Fachausschüsse natürlich erfreulich ist. Dass die gemeinsame regionale Kulturförderung nicht auch Gefässe wie Jugendkulturpauschale, Rockförderverein oder die freie Szene einbezieht, bleibt nicht nachvollziehbar.

Eine Profilierungsmöglichkeit steht beiden Kantonen offen bei den Museen, den Bibliotheken oder in ehrenamtlich geführten Institutionen für professionelles Kulturschaffen. Ob eine derartige Abgrenzung in unserer Kulturregion sinnvoll ist, sei dahingestellt, sie scheint aber einem politischen Bedürfnis zu entsprechen.

Ja zum gemeinsamen Universitätsspital



Lucia Mikeler Knaack,
Landrätin und Gemeinderätin Bottmingen

hochstehenden medizinischen Leistungen auf allen Ebenen haben und durch effizientere Abläufe kürzere Wartezeiten erwarten können.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der für die Fusion spricht, ist die zu erwartende sinkende Zahl von stationären Operationen. Sowohl auf Bundesebene wie auch in den Kantonen werden zur Zeit Listen von Operationen erstellt, die nur noch ambulant durchgeführt werden können. Dies senkt die Kosten im Gesundheitswesen, verringert aber den Bedarf an stationären Einheiten. Ein Abbau von Spitalbetten bei öffentlichen und privaten Spitälern ist daher unumgänglich.

Gegner der Fusion führen ins Feld, dass die Fusion zu einem Stellenabbau in den öffentlichen Spitälern führen wird. Das ist richtig und letztlich auch der wirtschaftlich gewünschte Effekt, wenn die Kostenexplosion im Gesundheitswesen gebremst werden soll. Entlassen werden soll aber niemand. Die Spitalgruppe soll gemäss Staatsvertrag als Aktiengesellschaft mit öffentlichem Zweck organisiert sein. Darin ist geregelt, dass eine

paritätisch zusammengesetzte GPK eingesetzt wird, gewählt vom Grossen Rat und dem Landrat.

Die aktuelle Diskussion zeigt, dass innerhalb der städtischen SP der Widerstand gegen die Fusion deutlich grösser ist als in der Basellbieter SP. Ich kann die Skepsis der städtischen Genossinnen und Genossen bezüglich allgemeiner Zusammenarbeit in der Vergangenheit mit dem Partnerkanton durchaus verstehen. Die Fusion generiert aber gesamthaft betrachtet eine Erhöhung der Fallzahlen, was auch für den Kanton Basel-Stadt eminent wichtig ist. Nur ein gestärktes Universitätsspital kann im nationalen oder gar internationalen Umfeld bestehen. Dies bedeutet, dass nicht nur, aber vor allem auch im Gesundheitswesen vom bis anhin zelebrierten Kantönligest Abschied zu nehmen ist.

Deshalb sagt die SP BL 3 x Ja zur Spitalfusion USB und KSBL.

Die Diskussion über das gemeinsame Universitätsspital der Kantone Basel-Stadt und Baselland wirft hohe Wellen. Die Bevölkerung stimmt am 10. Februar darüber ab. Für mich ist der Fall klar: Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, Doppelspurigkeiten in der medizinischen Versorgung und der Mangel an Fachkräften erfordern zwingend diesen Schritt. Mit der neu eingeführten Spitalfinanzierung ist der wirtschaftliche Druck auf die Spitäler massiv angestiegen. Im Mittelpunkt stehen aber auch nach der Fusion die Patientinnen und Patienten, die weiterhin gesicherten Zugang zu qualitativ

PAROLEN SP BL FÜR DEN 10. FEBRUAR 2019

Kantonal	• Gemeinsame Spitalplanung/ Spitalfusion	3 x Ja
	• Planungsmehrwerte (Mehrwertabgabe)	Nein
	• Ausgleichsinitiative mit Gegenvorschlag	2 x JA, Stichfrage: Initiative
National	• Zersiedelungsinitiative	Ja



WAHLEN IN BL: MOBILISIERUNG – PHASE 1

Wir spüren tagtäglich, dass die Mitglieder der SP Baselland die Wahlen unbedingt gewinnen möchten. Für die grossen Telefon-Events im März haben schon rund dreihundert Personen

ihre Unterstützung zugesichert und täglich werden es mehr. Wir sind unglaublich stolz auf eine solch aktive Parteibasis und sind überzeugt, dass uns der persönliche Kontakt mit den SP-WählerInnen, unseren Bekannten und der breiten Bevölkerung am Ende zum Sieg verhelfen wird! Jetzt dürfen wir aber nicht lockerlassen und uns zurücklehnen: Nur wenn wir alle Vollgas geben, können wir unser Ziel von 10 000 Gesprächen auch wirklich erreichen.

AGENDA SP BL

- Samstag, 2. Februar, 19–24 Uhr
Let's dance! Tanz-Party der SP Binningen/Bottmingen
Aula Schulhaus Burggarten, Bottmingen
- ab sofort bis Anfang März
diverse Standaktionen in den Gemeinden (Abstimmungen und Wahlen)
informiere dich bei deiner Sektion
- Sonntag, 10. Februar
Abstimmungssonntag
Parolen siehe Kasten
- Mittwoch, 27. Februar, 19.15 Uhr
Koordinationskonferenz
Markthalle, Basel
- Samstag, 2. März, 9 Uhr
Delegiertenversammlung der SP Schweiz
Goldau
- Sonntag, 31. März
Wahlsonntag – Wahlfest
KV Liestal, ab 14 Uhr

Ja zu sozialem Ausgleich und Gegenfinanzierung

DIE SP SAGT JA ZUM BASLER KOMPROMISS, WEIL STEUERPRIVILEGIEN ABGESCHAFFT WERDEN. WEIL FAMILIEN, MITTLERE UND TIEFE EINKOMMEN PROFITIEREN. WEIL GROSSAKTIONÄRE IHREN BEITRAG ZU EINEM AUSGEWOGENEN GESAMT-PAKET LEISTEN UND DER STAATSHAUSHALT IM LOT BLEIBT.



Pascal Pfister,
Präsident
SP Basel-Stadt

Die SP unterstützt die Aufhebung der Holdingbesteuerung. Es ist nur gerecht, wenn alle Unternehmen gleich behandelt werden und sich an den Kosten für Infrastruktur, Sicherheit und Bildung beteiligen.

Heute gibt es in Basel einen durchschnittlichen Steuersatz von 12,6 %. Allerdings werden Holdinggesellschaften (7,8 %), gemischte Gesellschaften (z.B. Pharma 10–11 %) und ordentliche KMU (15–22%) unterschiedlich

besteuert. Neu zahlen alle gleich viel: 13 %. Nur forschungsintensive Firmen können über die Patentbox die Steuern auf 11 % reduzieren. Das heisst: Holdinggesellschaften werden in Zukunft mehr bezahlen. Forschungsintensive Firmen wie die Pharma in etwa gleich viel. Die KMU erhalten eine deutliche Steuersenkung.

Ausgleichszahlungen durch Grossaktionäre und Unternehmen

Die Dividendenbesteuerung wird für Grossaktionäre auf 80% erhöht und die Unternehmen müssen höhere Familienzulagen ausrichten. Die Erhöhung der Familienzulagen um 75 CHF pro Kind und Monat ist ein grosser Fortschritt. Entscheidend ist, dass diese soziale Ausgleichsmassnahme durch die Unternehmen finanziert wird, die von der Steuervorlage profitieren. So bleibt von den 200 Mio. CHF Steuersenkungen nur die

Hälfte bei den Unternehmen. Der Rest geht an die Bevölkerung.

Ausgleich für mittlere und tiefere Einkommen

Auch die Einkommenssteuern werden gesenkt. Der Steuersatz wird um 0,75% reduziert und der Versicherungsabzug wird erhöht. Eine vierköpfige Familie mit 150 000 CHF Einkommen spart damit 796 CHF. Zudem werden tiefe bis mittlere Einkommen mit mehr Prämienverbilligungen entlastet und zusätzliche Einkommensklassen profitieren.

Kein Leistungsabbau gerechtfertigt

Wenn die nationale Vorlage angenommen wird, kostet die Steuervorlage den Kanton unter dem Strich 150 Mio. CHF. Das entspricht dem strukturellen Überschuss der letzten zehn Jahre. Bei einem Leistungsabbau macht die SP nicht mit.



SP BS THEMATISCH MITGESTALTEN

Die SP BS bietet dir die Möglichkeit, dich in thematischen Sachgruppen (SG) in politische Themen zu vertiefen und/oder dein Wissen einzubringen und so die Parteausrichtung thematisch mitzugestalten. Konkret sind dies die SG:

Kultur | Stadtentwicklung und Verkehr | Gesundheit und Soziales | Wirtschaft und Finanzen | Justiz und Sicherheit | Bildung | Sport | Gleichstellung | SP 60+ | SP MigrantInnen

Die SG erarbeiten unter anderem Vernehmlassungsantworten z. H. des Parteivorstandes und es werden Positionspapiere verfasst. Zudem organisieren sie spannende thematische Veranstaltungen zu aktuellen Fragen linker Politik. Melde dich bei Nicole Amacher (nicole.amacher@sp-bs.ch oder 061 685 90 25), wenn du über Aktivitäten einer oder mehrerer SG informiert werden möchtest. Weitere Infos findest du auch auf www.sp-bs.ch/themen. Wir freuen uns sehr auf deine Mitarbeit!

PAROLEN SP BS FÜR DEN 10. FEBRUAR 2019

Kantonal	• Staatsvertrag über Planung, Regulierung und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung	Ja
	• Staatsvertrag über die Universitätsspital Nordwest AG	Nein
	• Änderung des Steuergesetzes	Ja
	• Erneuerung der St. Alban-Vorstadt	Ja
National	• Zersiedelungsinitiative	Ja

AGENDA SP BS

- Sonntag, 10. Februar 2019
Abstimmungssonntag
Parolen auf www.sp-bs.ch
- Montag, 18. Februar 2019, 19 Uhr
Delegiertenversammlung mit Nomination der Nationalrats- und Ständeratskandidierenden
UNION, Klybeckstrasse 95
- Donnerstag, 28. Februar 2019, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Volkshaus Basel
- Mittwoch, 20. März 2019, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Ort wird noch bekannt gegeben
- Sonntag, 7. April 2019, 13–17 Uhr
Jasturnier
Quartiertreffpunkt LoLa
- Donnerstag, 11. April 2019
Jahres-Delegiertenversammlung
Ort wird noch bekannt gegeben

Zähe Budgetdebatte 2019

DIE BUDGETDEBATTE WAR IN DIESEM JAHR TROTZ DER SEHR ERFREULICHEN ZAHLEN EINE ZÄHE ANGELEGENHEIT. DIE DEBATTE WAR GEPRÄGT VON MEHREREN KÜRZUNGSANTRÄGEN, WELCHE DURCH DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN INKL. GLP LANCIERT WURDEN. IM WICHTIGSTEN PUNKT, DEM TEUERUNGS-AUSGLEICH, KONNTE SICH ROT-GRÜN DURCHSETZEN.

Kein Abbau nötig

Der Kanton Basel-Stadt budgetiert für 2019 einen Überschuss, was sehr erfreulich ist. Auch für die nächsten Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem Überschuss. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Steuervorlage 17 ein wichtiges Zeichen. Die SP-Fraktion hat kein Verständnis für die Kürzungsanträge der bürgerlichen Parteien. Für die SP-Fraktion ist klar, dass wir keinen Leistungsabbau bei den Dienstleistungen für die Bevölkerung tolerieren.

Bürgerliche Kürzungsanträge

Dennoch sind aufgrund der Verhältnisse im Grossen Rat einige der Anträge durchgekommen. Beispielsweise wurde das Budget bei der Kantons- und Stadtentwicklung (CHF



Beatriz Greuter, Grossrätin und bis Ende 2018 Fraktionspräsidentin

50 000), bei Aussenbeziehung und Standortmarketing (CHF 50 000) und beim Generalsekretariat des Bau- und Verkehrsdepartementes gekürzt. Die SVP wollte z.B. auch beim Kunstmuseum (CHF 2 Mio.) und beim Bevölkerungsdienst und Migration (CHF 500 000) kürzen. Damit ist sie aber nicht durchgekommen.

Wichtigster Punkt: Teuerungsausgleich

In der Debatte zum Teuerungsausgleich für das Staatspersonal waren die BefürworterInnen und die GegnerInnen in klare Blöcke aufgeteilt. Die bürgerlichen Parteien inkl. der GLP waren dagegen. Die SP und das Grüne Bündnis dezidiert dafür. Mit den äusserst knappen Mehrheitsver-

hältnissen im Grossen Rat wurde die Abstimmung zum Krimi. Nur weil die SP und das Grüne Bündnis praktisch vollzählig waren und einige Kantonsangestellte auf bürgerlicher Seite in den Ausstand getreten sind oder sich enthielten, wurde der Teuerungsausgleich mit 47:46 Stimmen gutgeheissen. Für einmal hat sich Rot-Grün durchgesetzt.

Budget bewilligt

Das Budget für das Jahr 2019 wurde vom Grossen Rat mit 77:12 Stimmen gutgeheissen.

Einige Kürzungen hat die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat als spielend leicht durchgebracht. Wir müssen darum unbedingt bei den nächsten Grossratswahlen Sitze zulegen.

Ausgleich der Sozialhilfekosten ist nötig

IN KEINEM ANDEREN BEREICH IST DER KOSTENAUFWAND DER BASELBIETER GEMEINDEN SO UNTERSCHIEDLICH WIE BEI DER SOZIALHILFE. DIE SP BASELSTADT UNTERSTÜTZT DARUM EINSTIMMIG DIE AUSGLEICHSINITIATIVE, WELCHE DIE SOZIALHILFEKOSTEN ZWISCHEN DEN GEMEINDEN BESSER AUSGLEICHEN WILL. AUCH IN ANDEREN KANTONEN GIBT ES SOLCHE AUSGLEICHSTRUMENTE. DER GEGENVORSCHLAG DES LANDRATES WÜRDEN DEN STARK BELASTETEN GEMEINDEN ZWAR AUCH EINE KLEINE ENTLASTUNG BRINGEN. DIE INITIATIVE IST ABER DER BESSERE WEG.

2017 wurden 8608 Baselbieter/innen finanziell von der Sozialhilfe unterstützt. Die Sozialhilfequote, d.h. der Anteil der Personen mit Sozialhilfeleistungen gemessen an der Gesamtbevölkerung, betrug 2017 rund 3,0 % und liegt unter dem schweizerischen Durchschnitt. Die Sozialhilfekosten werden im Baselbiet entsprechend einer langen Tradition immer noch weitgehend von den direkt betroffenen Gemeinden bezahlt. Leider haben diese sich ganz unterschiedlich entwickelt. Liestal beispielsweise weist gegenüber dem kantonalen Durchschnitt eine doppelt so hohe Sozialhilfequote auf. Darum braucht Liestal auch ca. 16 % des gesamten Aufwandes für die Sozialhilfe. Andere Gemeinden mit wenigen Sozialhilfefällen brauchen nur wenige Pro-



Urs Kaufmann ist Mitglied der Finanzkommission und Gemeinderat in Frenkendorf

zente ihres Aufwandes zur Unterstützung der betroffenen Personen.

Es gibt verschiedene strukturelle und zufällige Faktoren, welche zu diesen grossen Kostenunterschieden zwischen den Gemeinden führen. Die Verfügbarkeit von günstigen Wohnungen und gute ÖV-Anschlüsse sind Faktoren, welche tendenziell eine höhere Sozialhilfequote zur Folge haben.

Eine kaum mehr tragbare Last

Für 11 Gemeinden sind die hohen Sozialhilfekosten kaum mehr tragbar. Sie haben darum die sogenannte Ausgleichsinitiative eingereicht. Der Lösungsvorschlag der Initiative ist fair und wirkungsvoll. 70 % der Sozialhilfekosten würden so in Zukunft über alle Gemeinden nach Einwohnerzahl verteilt. Nur noch

30 % der Kosten müssten weiterhin von den Gemeinden selber getragen werden. Die Sozialhilfe ist die einzige Sozialversicherung, welche fast ausschliesslich von der betroffenen Gemeinde getragen werden muss. Mit der Initiative machen wir den längst fälligen Schritt hin zu einer solidarischen Finanzierung, wie dies in anderen Kantonen auch bereits der Fall ist.

Der Gegenvorschlag des Landrates geht in die richtige Richtung, kann aber die tatsächliche Belastung der stark betroffenen Gemeinden nicht wirklich mindern. Die Delegierten der SP Baselstadt haben deshalb einstimmig für die Abstimmung am 10. Februar folgende Parolen beschlossen: 2 x JA zur Ausgleichsinitiative und zum Gegenvorschlag und bei der Stichfrage für die Initiative.